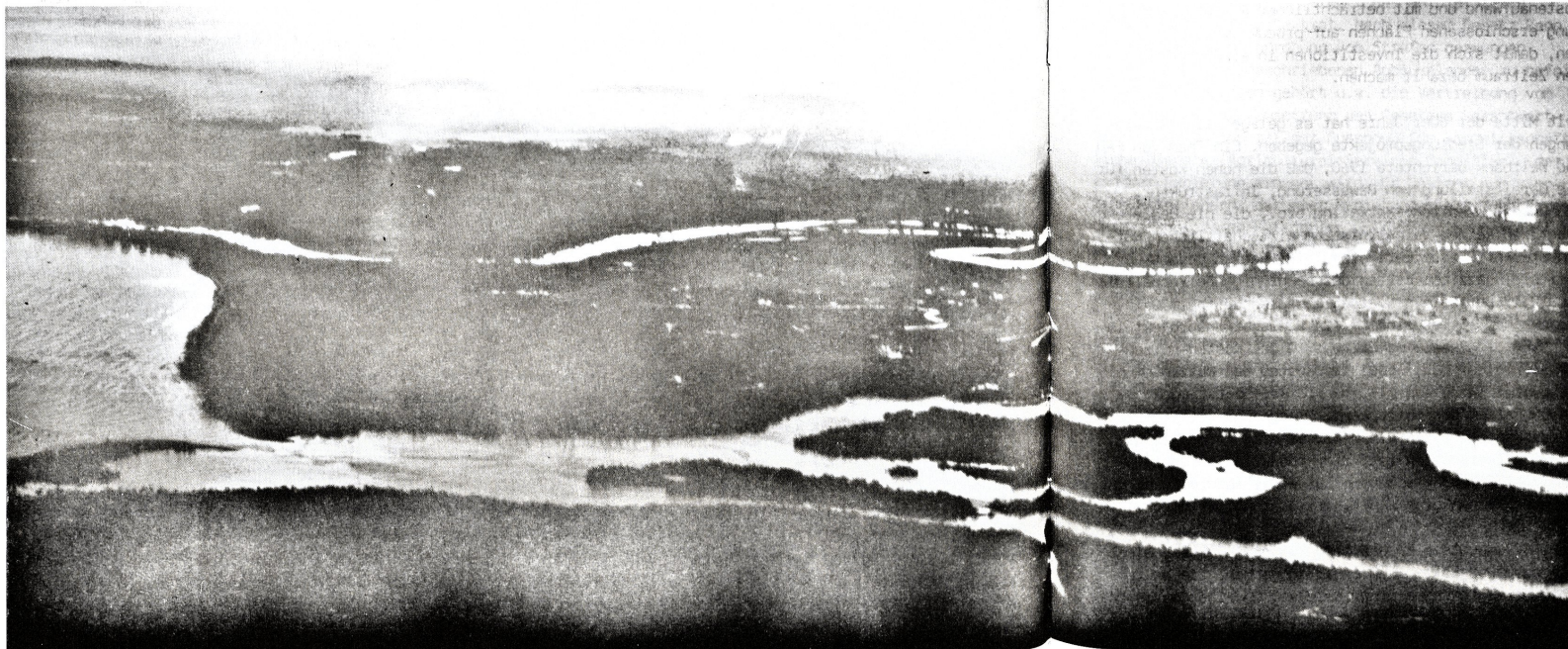


Umsiedlungs- und Kolonialisierungspolitik in Sri Lanka 2. Teil

– Durchführung von 1930 bis in die Gegenwart –



N. Shanmugaratnam untermauert im zweiten und letzten Teil seines Beitrages die These, daß die Kleinbauern in Sri Lanka nicht, wie es zum Beispiel in Lateinamerika weit verbreitet ist, in großen Massen von ihrem Land vertrieben wurden, um dann als sogenannte "freie" Lohnarbeiter auf kapitalistischen Plantagen angeheuert zu werden. Stattdessen sind, so der Autor, von staatlicher Seite immer wieder Maßnahmen ergriffen worden, die den Vorgang der Proletarisierung (infolge einer Enteignung) aufhielten. Dazu gehören auch Umsiedlungsprogramme. Doch damit hatten der Staat und andere Beteiligte keineswegs immer die Bewahrung eines selbstgenügsamen Bauerntandes im Sinn. Der folgende Artikel zeigt, wie sich eine neue Form des Agrokapitalismus in der Vergangenheit gerade die Arbeitskraft formell freier Kleinbauern angeeignet hat.

Foto: Lebensader für neue Kolonisierungsprogramme: Der Mahaweli Fluß. Hier das Mahaweli-Delta im Gebiet von Trincomalee (Foto: Walter Keller).

Die gegenwärtige Entwicklung der Politik deutet darauf hin, daß die gesetzlich auferlegten Barrieren gegen eine Zentralisierung des Landes und damit gegen Akkumulation und Reinvestition neuerdings die Politiker beunruhigen. Anders als in der Kolonialzeit haben die raschen Fortschritte der biochemischen und der mechanischen Technologie in der Landwirtschaft in den letzten beiden Jahrzehnten eine breite Spanne von Möglichkeiten zu größeren Kapitalinvestitionen geschaffen. Die neue Regierung, die 1977 an die Macht kam, entschied sich für eine Strategie der "offenen Wirtschaft" mit Exportorientierung. Diese neue Wirtschaftsstrategie ist ausländischen Kapitalinvestitionen förderlicher, obwohl sie nicht alle Anreize bieten kann, die transnationale Konzerne für direkte Investitionen in landwirtschaftliche Produktion brauchen.

Im Oktober 1980 berichtete die Presse, der Minister für Land, Landentwicklung und Mahaweli-Entwicklung plane eine "Wende der Landpolitik". Es hieß, das ein halbes Jahrhundert lang angewandte Prinzip der "egalitären" Verteilung habe unbefriedigende Ergebnisse hervorgebracht, da nur zehn Prozent der Siedler die Erwartungen des Staates erfüllten. Der Minister empfahl deshalb Veränderungen der Politik zu folgenden Zwecken:

- die bevorzugte Abgabe von Land für hochwertige Feldfrüchte und Tierzucht,
- vergrößerte Betriebsflächen, um mehr kapitalintensive Investitionen anzuziehen,
- längere Pachtzeiten (zehn bis dreißig Jahre) für den privaten Sektor.

Nach Angaben des Ministers werden gewisse Gebiete im Mahaweli-Projekt für Großplantagen und kommerzielle Viehzucht reserviert, während in anderen Gebieten des Projekts die Bauernsiedlung fortgeführt wird. Die Regierung errichtet zur Zeit eine neue Institution, die Mahaweli-Wirtschaftsagentur, mit einer Kapitalstruktur ähnlich der einer privaten Firma, um die einheimische Wirtschaftsentwicklung und Investition sowie die Zusammenarbeit mit ausländischen Firmen zu fördern.

Ein aussagekräftiger Indikator dafür, wie verbindlich diese Kursänderungen für die Regierung sind, war ihre Entscheidung, den Bau eines riesigen Palmölprojekts durch den in Malaysia beheimateten Multi Guthrie im Wert von einer Milliarde Rupien zuzulassen. 24.000 Hektar Land sollten in diesem Projekt kostenlos für

Palmöl-Plantagen abgegeben werden. Später wurde das Vorhaben jedoch zu den Akten gelegt; doch die Art und Weise, wie die Regierung sich dafür stark machte, zeigt ihre Zielrichtung. Die Idee, privates Kapital zur Entwicklung der Trockenzone anzuziehen, war, wie schon in Teil I erwähnt, nicht neu. Geplant war dies schon länger, doch erst mit dem Regierungswechsel findet das Privatkapital es lohnenswert, in gewisse landwirtschaftliche Unternehmungen zu investieren. Interessanterweise empfahl schon die Weltbank-Mission von 1953, daß die wirtschaftliche Entwicklung beschleunigt werden könnte, wenn Teile der neuerschlossenen und bewässerten Ländereien blockweise an "Individuen oder Firmen" verpachtet würden, um so "privates Kapital und private Energie" anzuziehen. Doch damals konnte diese Empfehlung nicht umgesetzt werden.

Jede Zuteilung großer Flächen für exportorientierte Agroindustrie würde das zur Umsiedlung verfügbare Land verringern - zu einer Zeit, in der die Nachfrage seitens der Bauernschaft keine Zeichen einer Abnahme zeigt. Doch dieser Widerspruch ist nicht schwer aufzulösen. Als glücklicher Kompromiß bietet sich eine Exportorientierung der bäuerlichen Produktion und ihre Unterordnung unter und Verbindung mit den transnationalen Konzernen (TNC) an. Tatsächlich ist den TNCs im

Agrobusiness solch ein Plan höchst willkommen, da sie im allgemeinen nur ungern ihr eigenes Kapital in den Anbau vieler Feldfrüchte investieren oder sich darin direkt engagieren. Die Risiken und Unwägbarkeiten der landwirtschaftlichen Produktion und der Zeitablauf, der wegen der ökologisch determinierten Produktionszyklen für das Kapital eine Menge "müßiger" Zeit einschließt, machen ein solches Unternehmen unattraktiv. In diesem Kontext zieht ein TNC es vor, die Produktion den Bauern zu überlassen und die Erzeugnisse zwecks Weiterverarbeitung aufzukaufen.

Und was die Verbindung zwischen Agrobusiness und bäuerlicher Produktion angeht, existiert mit der Tabakindustrie bereits ein "erfolgreiches" Beispiel, das im Fall anderer Produkte übernommen werden kann. Die Ceylon Tobacco Company, eine Tochterfirma der British American Tobacco (BAT), genießt landesweit geradezu eine Monopolstellung auf dem Markt für Zigarettentabak. Sie hat mit den Anbauern ein optimales institutionelles Arrangement entwickelt, um ohne die direkte eigene Beteiligung in der Produktion ländliche Arbeitskraft auszubehüten. Die Firma bietet gewisse Beratungsdienste und Dienstleistungen und einen mehr oder weniger festen Preis an. Sie vermittelt den Produzenten Kredite des einheimischen Banksystems.

Somit wird einheimisches Kapital für die Zwecke des TNCs mobilisiert, der aufgrund dieser Organisationsform einer regelmäßigen Zufuhr des Rohstoffs sicher sein kann, ohne das Risiko seiner Produktion zu tragen.

Im April 1982 verlautbarte eine Regierungsquelle, daß der Privatsektor aufgefordert werde, im Management der Mahaweli-Siedlungsprojekte mitzuwirken (Bericht der Zeitung 'Sun' vom 23. April, unter der Überschrift "Mahaweli-Siedlungsprojekte - Fachwissen des Privatsektors soll genutzt werden"). Diesem Bericht zufolge soll der Privatsektor das Management des Wasserwesens (water management), die Bereitstellung landwirtschaftlicher Produktionsgüter und die Wartung der Bewässerungssysteme übernehmen, während der Mahaweli-Behörde die oberste Kontrollfunktion verbleibt. Diese Wende in der Politik des Siedlungsmanagements ist offenbar auf die Erfahrungen eines Pilotprojekts im System 'H' des Mahaweli-Bereichs zurückzuführen, dessen Leitung der Ceylon Tobacco Company unterstand. Wie es im obengenannten Bericht heißt, sehen die Offiziellen der Mahaweli-Behörde das Experiment mit der Tobacco Company als erfolgreich an.

Diese Entscheidung der Regierung überrascht nicht. Wenn der Privatsektor die Leitung der produktionsorientierten Dienste übernimmt, gewinnt er umfassenden Einfluß auf die wichtigsten materiellen Ressourcen und auf die Produzenten. Damit wird der organisatorische Rahmen für Anbau auf Kontraktbasis (contract farming) hergestellt. TNCs im Agrobusiness finden auf diese Weise eine fertige, sehr dienliche Organisation von Produzenten und Ressourcen vor. Unter diesen Umständen wird gebrauchswertorientierte Produktion oder Subsistenz-Landwirtschaft garnicht in Frage kommen. Für internationale Agenturen wie die Weltbank wäre Kontrakt-Anbau aber ein eher akzeptables Vorhaben als große Plantagen in Privatbesitz, denn dabei wird die Produktion auf der Basis von Kleinbetrieben beibehalten, und "Wachstum mit Gerechtigkeit" wird machbar, um die Terminologie der Weltbank zu benutzen.

Diese Schritte könnten die sogenannte Unabhängigkeit der Produzenten drastisch aushöhlen. Sie würden in ein System der Warenproduktion unter dem Diktat des Finanzkapitals integriert, dessen letztendliches Interesse in der Verwendung moderner Produktionsmittel und der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse für einen - stets ausländischen - Verbrauchermarkt liegt.

Ein weiterer neuartiger Aspekt der Landpolitik ist die Schaffung von landwirtschaftlichen Verarbeitungs- und Exportzonen (agricultural processing zones, APZ), die eine landwirtschaftliche Version der industriellen Verarbeitungszone (industrial processing zones, IPZ) darstellen. Von APZs werden, wie von IPZs, neue Anreize in Form von Infrastruktur, Steuerbefreiungen etc., für agroindustrielle Projekte erwartet. Die bereits erwähnten Vorhaben vom Typ 'Guthrie' gehören zu den APZs.

Diese Entwicklungen werden zwangsläufig weitreichende Auswirkungen auf den ländlichen Sektor haben. Die Umsiedlung von Bauern muß heute im Licht der auf Export ausgerichteten Umstrukturierungen gesehen werden. Als Rechtfertigung der Veränderung dient das ökonomische Argument, das Land müsse die unter hohem Kostenaufwand und mit beträchtlicher Auslandsverschuldung erschlossenen Flächen auf produktivere Art nutzen, damit sich die Investitionen in einem vertretbaren Zeitraum bezahlt machen.

Seit Mitte der 60er Jahre hat es gelegentlich Auswertungen der Siedlungsprojekte gegeben. Ein Team von FAO und Weltbank berichtete 1960, daß die hohen Kosten für die Bereitstellung von Bewässerung, Infrastruktur, Wohnungen, Krediten, Marketing etc., die die Regierung trägt, in keinem Verhältnis zum wirtschaftlichen Nutzen stehen. Diesem Bericht zufolge hatten Gesamtkapitaleinsatz und Ertrag das beunruhigende Verhältnis von 12:1. Der Galoya-Evaluationsausschuß (beim Galoya Projekt handelt es sich um ein Bewässerungsprojekt im Südosten der Insel) schätzte 1970 das Kosten-Nutzen-Verhältnis auf 0,5, wobei die Kosten den Nutzen um die kolossale Summe von 277.313.510 Rs. überstiegen. Der Ausschuß riet den Politikern, "lange und kritisch zu überdenken, ob es in einer Wirtschaft, in der es am dringendsten geboten ist, die Produktion zu maximieren, ratsam ist, Ressourcen für etwas abzuzweigen, das im Wesentlichen eine Wohlfahrtsleistung ist."

Nach 1977 machte sich die neue Regierung daran, diese Warnungen und Ratschläge ernst zu nehmen. Sie baute Wohlfahrtsleistungen progressiv ab. In einer parlamentarischen Demokratie muß eine solcher Schritt für die herrschende Partei ernsthafte politische Konsequenzen haben. Außerdem muß jede Maßnahme in dieser Richtung von weiteren gesetzgeberischen Maßnahmen begleitet werden, die die demokratischen Freiheiten beschränken. Die Regierung Sri Lankas hat ganz offensichtlich verschiedene Schritte zu diesem Zweck unternommen. Doch ich werde diesen Gesichtspunkt nicht im Detail abhandeln. Ich stelle lediglich fest, daß die gegenwärtigen Bewegungen durch eine Vision der herrschenden Klasse bedingt sind, die die Förderung ihrer Interessen in einer Entwicklungspolitik der "offenen Wirtschaft" gewährleistet sieht.

Das "Kostenbewußtsein" der Regierung ist jedoch aus ihrer (eigenen) ungeheuerlichen Irrationalität, und nicht aus einer vernünftigen Entwicklungsplanung heraus erwachsen. Der Versuch der beschleunigten Fertigstellung des gigantischen Mahaweli-Projekts hat z.B. eine Kostenspirale in Bewegung gesetzt. Die folgende Bemerkung eines bekannten Kritikers dieses Projektes spiegelt die Kostenlage wider. "Angenommen, die Kosten für Bewässerungs- und Umsiedlungsvorhaben betragen 30 Mrd. Rs, dann liegt im Durchschnitt die Gesamtkapitalinvestition je Siedler, der einen Hektar bewässertes Land bekommt, bei 75.000 Rs... Ein Großteil des Geldes", führt der Kritiker fort, "ist auf den Namen der jetzt lebenden und der noch nicht geborenen Menschen geliehen".

Das "Kostenbewußtsein" der Regierung und ihr Interesse an höheren Erträgen aus Investitionen wird darin resultieren, den Siedlern größere Disziplin aufzuerlegen. Das gesetzliche Fundament für die Durchsetzung von "Effizienz und Disziplin" wurde durch das Gesetz über die landwirtschaftlichen Dienste (Agricultural Services Act) von 1979 gelegt, das an die Stelle früherer Gesetzeswerke trat. Nach diesem Gesetz kann ein Farmer unter Androhung von Strafen gezwungen werden, einen vorgeschriebenen Anbaukalender zu befolgen. Zu den Strafen gehört u.a. die Vertreibung vom Land. Die für die Umsetzung des Gesetzes verantwortliche Institution ist der Ausschuß für landwirtschaftliche Dienste (Agricultural Services Committee), der von der Regierung ernannt wird. Er besteht aus vierzehn Mitgliedern, darunter Regierungsbeamte und Farmer der verschiedenen Kategorien. Eine Bestimmung sieht maximal acht Sitze für Beamte und reiche Farmer, die nicht aus bäuerlichem Milieu stammen (z.B. Mittelklasse-Farmer), vor. Das würde bedeuten, daß die Repräsentation der Überwiegenden Zahl der Bauern im Ausschuß zu einer Minderheit reduziert werden könnte. Offensichtlich würde dann der Ausschuß als Instrument der reichen Farmer dienen. Das ist nicht neu. Neu ist die gesetzlich verankerte Macht, die das Gremium in der Durchführung der Anbauprogramme genießt. Die Regierung hat nun ein legitimes Instrument, um den "ineffizienten" Farmer zu entfernen und das Land einer "effizienteren" Verwendung zuzuführen. Solch eine Tendenz würde dazu beitragen, die Zahl der Landarbeiter und der ländlichen Armen auszuweiten.

An dieser Stelle ist ein Wort zu Sri Lankas "Landreform" von 1972 und 1975 angebracht. Die Besiedlung der Trockenzone kann als Alternative zu einer Landreform angesehen werden, die den Politikern von Klasseninteressen eingebläst wurde, um die bestehenden Besitzverhältnisse zu konservieren. Es soll ebenfalls erwähnt werden, daß eine umverteilende Landreform in keinem Manifest irgendeiner politischen Partei in Sri Lanka einen Platz hatte. Selbst die radikalen Kritiker der Siedlungspolitik für die Trockenzone im Jahr 1939, N.M. Perera und Philipp Gunawardene, sprachen sich nicht für eine Landreform als Alternative aus. Die 1972 nach dem gescheiterten Jugendaufstand vom April 1971 verabschiedete Landreform und die Nationalisierung großer Plantagen im Jahr 1975 (Phase II der Landreform) haben das Muster des Landbesitzes gewiß nicht verändert. Doch die Hauptstoßrichtung war auch nicht Umverteilung, sondern Verfestigung (statisation). Der Staat ging daraus als größter Plantagenbesitzer des Landes hervor. Die von der Bandaranaike-Regierung eingeführte gesetzliche Obergrenze für Landbesitz in Höhe von 50 acres (20 Hektar) wurde von der nachfolgenden Regierung mit anderen gesetzlichen Mitteln umgangen. Die Trockenzone, die bisher als Landquelle für die Ansiedlung landloser Bauern diente, wird nun wahrscheinlich zur Heimstätte einer neuartigen, exportorientierten Landwirtschaft.

Ein "ernstes" Problem für die Landverwalter in den Siedlungskolonien ist die sogenannte "Besetzung"

(encroachment) von Staatsland inner- und außerhalb der Projekte durch "unbefugte" Personen. In vielen Projekten breiten sich die Landbesetzungen in Schutzgebiete (reserves) aus. Die "Besetzer" entnehmen Kanälen "illegal" Wasser, das nur für die legitimen Siedler vorgesehen ist. Das verkompliziert das Problem des Wassermanagements weiter, da Besetzungen oft auf Land stattfinden, das ursprünglich nicht zur Bewässerung vorgesehen war. Es besteht daher eine "unvorhergesehene" Nachfrage nach Wasser. Die Besetzer betreiben den Anbau derselben Feldfrüchte wie die Siedler und stellen sich häufig als die (gemessen am Durchschnittssiedler) besseren Unternehmer heraus. Tatsächlich trägt ihre Arbeit, obwohl sie im offiziellen Sinn illegal ist, auch zur nationalen Produktion bei. In vielen Fällen ist der eigentliche Besetzer garnicht anwesend: er überläßt den Boden einer landlosen Familie und erwartet dafür einen Teil der Ernte. Das Kapital schießt der Landherr in dieser Regelung oft vollständig vor.

Ein Aspekt der Landnahme hat auch direkte Folgen auf für die Eskalation des ethnischen Konflikts. Die tamilisch sprechenden Gruppen der Nord- und Ostprovinz, die im nationalen Rahmen Sri Lanks eine Minderheit bilden, sind über die "Sinhalisierung" ihrer traditionellen Heimat besorgt. Sie sehen die staatlich geförderte Umsiedlung als bewußte Grenzausdehnung an, um ihre regionale Unversehrtheit auszuhöhlen. Trotz der zentralen politischen Bedeutung liegt dieser Aspekt außerhalb des Rahmens der vorliegenden Arbeit und soll deshalb nur erwähnt werden.

Staatskapital und Bürokratie

Ein Siedlungsprojekt ist ein räumlich eingegrenzter Bereich unter einer bürokratischen Organisation, der ein hoher Beamter vorsteht. Die meisten Projekte unterstehen der direkten Verwaltung des Landbeauftragten. In den 50er Jahren wurde eine (firmenähnliche) öffentlich-rechtliche Körperschaft mit besonderen Befugnissen für Baumaßnahmen, Landerschließung und Ansiedlung im Galoya-Projekt geschaffen, die den Namen Galoya-Entwicklungsamt (Galoya Development Board) erhielt. Daraus wurde später, als es dieselben Aufgaben im Uda-Walawa-Projekt übernahm, das Entwicklungsamt für Flußtäler (River Valleys Development Board, RVDB). Das Mahaweli-Entwicklungsamt wurde aufgebaut, um das Mahaweli-Projekt durchzuführen, zu dem der Bau mehrerer Staudämme und die Erschließung von 900.000 Hektar Land gehören.

Diese Körperschaften des öffentlichen Rechts (bzw. Firmen) sollten nach der Fertigstellung die verschiedenen Teile des jeweiligen Projekts den betreffenden Ministerien übergeben. Die Errichtung dieser Staatsbetriebe resultierte aus dem Wunsch nach einer effizienteren Organisation der Großbauvorhaben und der kolossalen Landerschließung, als die Ministerien sie bieten konnten, die sich, seit der Kolonialzeit, auf einer anderen funktionalen Ebene entwickelt hatten. Doch mit dem massiven Zufluß von Staatskapital hat sich die Zahl der staatlichen und para-staatlichen

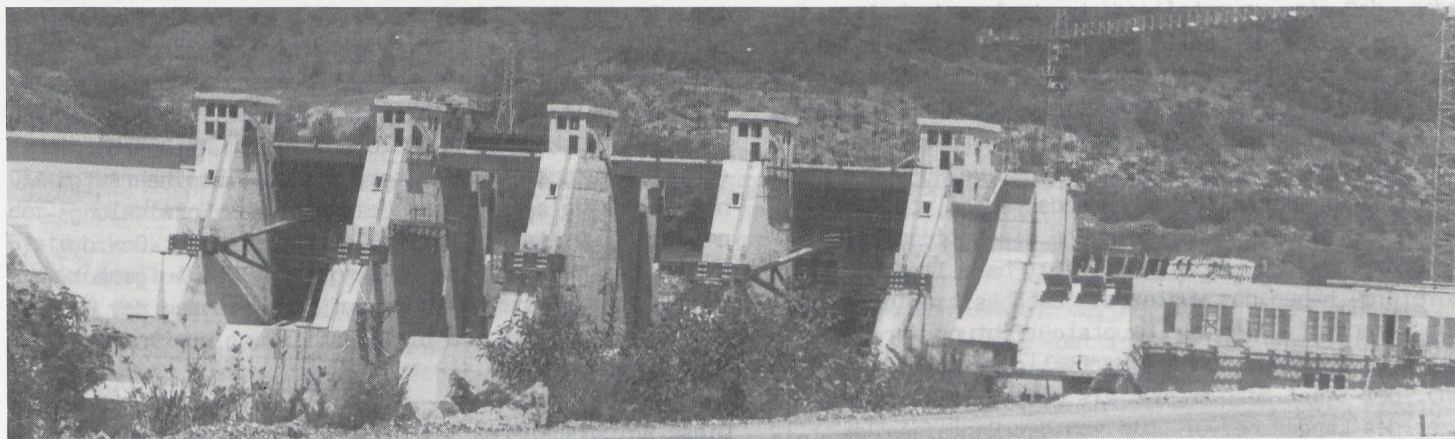
Behörden, denen Überwachungs- und Beratungsdienste obliegen, erhöht. Bis zur Mitte der 60er Jahre spielte Auslandshilfe in der Entwicklung der Siedlungsprojekte keine große Rolle. Die wichtigste Kapitalquelle des Staats war der Überschuß der Tee- und Gummiplantagen, doch nun ist Auslandshilfe in den verschiedenen Formen zu einem zentralen Faktor geworden. Von den älteren Projekten sind einige direkt oder indirekt in die mit Auslandshilfe betriebenen integrierten ländlichen Entwicklungsprojekte eingegliedert worden, die in mehreren Distrikten angegangen werden.

So hat sich die Beteiligung der staatlichen Bürokratie auf allen Ebenen verstärkt. Eine Schlüsselaufgabe des Managements der staatlichen und para-staatlichen Organisationen ist in jedem Projekt die vertikale Integration der Siedler. Damit sind die leitenden Siedlungsbeamten und die Beratungs-, Kredit- und Marketinginstitutionen befaßt. Doch dieselben Stellen ermutigen objektiv auch die Differenzierung, indem sie "progressive" Farmer unterstützen, die als Minderheit letztlich den größten Teil der bereitgestellten Leistungen genießen.

Der Staat hat nichtsdestoweniger ein Interesse daran, die Produktion ohne Unterschiede zu heben, um den städtischen und nicht-landwirtschaftlichen Verbrauchern eine größtmögliche Menge Überschußgetreide zu beschaffen. Zudem ist der Staat immer kostenbewußter geworden, und sein Interesse an den Erträgen der Infrastrukturinvestitionen ist heute besonders groß. Daraus ergibt sich für ihn ein Widerspruch zwischen der Notwendigkeit, die Erträge insgesamt zu maximieren und den unwirtschaftlichen Verhältnissen, die eine Produktion auf der Basis individueller Parzellen in einer Kolonie mit sich bringt. Vertikale Integration bedeutet, diese Lücke zu verkleinern. Da sich die Probleme unter der Beteiligung der Weltbank,

Errichtung neuer Siedlerkolonien als Mittel zur Verringerung des ländlichen Bevölkerungsdrucks und der Arbeitslosigkeit deutlich. Die miteinander verflochtene Dynamik von Pauperisierung und Proletarisierung führt dazu, daß eine wachsende Zahl von Siedlern und ihre zweite und dritte Generation in eine Notlage verfallen sind, die nach einer erneuten Umsiedlung schreit, wenn die ursprüngliche Absicht ihrer Ansiedlung weiterverfolgt werden soll. Dann würde es zu einem nie endenden Kreislauf kommen. Und tatsächlich ist, was jetzt unter dem Namen Umsiedlung stattfindet, bereits ein solcher Kreislauf. Aber aus ersichtlichen physikalisch-geographischen und ökonomischen Gründen kann er nicht unendlich weitergehen. Exportorientierung, landwirtschaftliche Förderzonen, die Anziehung von Privatkapital und strengere Landwirtschaftsgesetze sind allesamt logische Folgeerscheinungen des Endes einer Politik, die von parlamentarischen Erwägungen angetrieben wurde und nur ad-hoc-Reaktionen auf ökonomische Krisen darstellte.

Heute entpuppt sich der Staat als wahrer Repräsentant des Kapitals. Da er ein Instrument der herrschenden Klasse ist, wird seine Modernisierungspolitik für die bäuerliche Landwirtschaft von den Akkumulationszwängen dieser Klasse gelenkt. Ohne Zweifel haben die umfangreichen Kapital-Spritzen des Staates, seine Bautätigkeit und dergleichen zugunsten des Privatsektors in ländlichen Gebieten die Akkumulationschancen der einheimischen herrschenden Klasse vergrößert. Linke Kritiker der Auslandshilfe, die heute eine Hauptquelle des Staatskapitals ist, neigen dazu, ihrer Funktion als Mittel der Förderung der Akkumulation durch die herrschende Klasse und ihre Verbündeten keine Beachtung zu schenken. Wenn man dieser Dimension den gebührenden Platz einräumt, wird die Rolle des Staates als Instrument dieser Klasse, die ihre eigenen Akkumulationsinteressen besitzt, klarer. Vom Ausland finan-



Der derzeit im Bau befindliche Rantambe Staudamm, Teil des gigantischen Mahaweli Projektes (Foto: Keller) des IMF und anderer Geldgeber im Bereich der kleinbäuerlichen Entwicklung und unter dem Druck der Schuldentrückzahlung auftrüben, war eine Revision staatlicher Politik, wie gezeigt wurde, vorzusehen.

Die gesamte, über fünfzigjährige Erfahrung mit Umsiedlungsprojekten hat weitreichende Auswirkungen für den Staat, der sich gegenwärtig in einem Zustand starker Abhängigkeit von ausländischem Kapital befindet. Mit der Zeit wurden auch die Grenzen einer fortwährenden

zierte ländliche Entwicklungsprojekte können keinen Eingang in eine Nationalökonomie finden, ohne den Interessen der dominanten Klasse zu dienen. Es liegt in der Logik dieses Vorgangs, daß er die Subsistenzorientierung der kleinen Bauern untergräbt und die warenförmige Transformation (commoditization) als notwendige Voraussetzung der Akkumulation sowohl innerhalb des bäuerlichen Sektors als auch außerhalb fördert.

(Übersetzung: Kurt Salentin)

N. Shanmugaratnam